

* Waldheim. Ein bedauerlicher Vorgang spielt sich auf einem zum Rittergut Kreisstein gehörigen Schönenfelde ab. Ein im nahen Lorenzberg wohnhafter 20 Jahre alter Fabrikarbeiter, der beim Stroh überdeckt worden war, wurde von dem noch jugendlichen Sohn des Besitzers erschossen und schwer verletzt. Die Polizei durch ein gerichtliches Handspiel hält.

Chemnitz. Um Chemnitz mit dem Friedhof unserer Nachbarstadt Freiberg 9 Meter des unterirdischen Grubenkamms, der am 8. August in Chemnitz stobt, mit militärischen Szenen in den fernen Reich der Erde. An der Bergbaustadt, die wie das „Chemnitzer Tageblatt“ berichtet, wohl am seien Teilnehmer einen tiefen Eindruck gemacht hat, war eine Minenkompanie, bestehend aus 180 Mann verschiedener militärischer Formationen, aufgestellt worden. Unter den Offizieren befand sich der Beleibhüter für Chemnitz, Herr Generalmajor Müller, Kommandant der 1. Sächs. Grenadier-Musikkapelle-Brigade Nr. 12, und Herr Major von Roth-Wallwitz, Kommandant des 37. Grenadier-Regiments. Der Rat der Stadt Chemnitz war durch die Herren Bürgermeister Dr. Hüppner, Stadtrat Voß und Schönberger, das Stadtverordnetenkollegium von Chemnitz durch die Herren Vorsteher Straube und Staub, Schiller, der Bürgermeister zu Chemnitz durch seinen Vorstehenden, Herrn Fabrikant Gessert, und mehrere Vorstandmitglieder vertreten. Unter Vorantritt des Chemnitzer Garnisonskapelle und der Ehrenkompanie wurden die neuen schlichten Tische, die die dahingeführten Soldaten bargen, von Kameraden nach dem gemeinschaftlichen Grade getragen. Während der Belebung hielt die Kanone „Ich hab' einen Kameraden“ „Heia, meine Kameraden!“ und „Wenn ich einmal soll sterben“. Dann stellte Herr Pastor Ziem, Freiberg, die Gedächtnisrede. Nach dem Gebet rief Herr Major von Roth-Wallwitz den „tapferen Soldaten“ ein „Lebenwohl“ und „Auf Wiedersehen in einer besseren Welt“ zu. Darauf erfolgte unter freiem Aufprachen die Kieberlegung dieser Freunde. Die Messe wurde sodann „Es ist bestimmt in Gottes Rat“ und hierauf wurde von einem Buge der Ehrenkompanie die Ehrenpauke abgegeben. Mit Gebet und Segen wurde die erhebende Trauerfeier beendet. — Wie dem „Berl. Tageblatt“ aus Dresden gemeldet wird, ist die Zahl der militärischen Toten vorerst bei den Chemnitzer Unruhen nunmehr endgültig festgestellt. Nach Weiterleitung von zufließender Stelle sind 8 Offiziere und 15 Soldaten getötet und 6 Offiziere und 85 Soldaten verwundet worden.

Meerane. Eine hiesige Kriegerwitwe unterhielt mit einem verheirateten Einwohner von hier, der sich beim Grenzduell befindet, ein Verhältnis. Um ihm einen mehrjährigen Urlaub zu verschaffen, schrieb sie an einen Brief, worin sie den Urlaub wegen wichtiger Familiengeschehnisse als dringend notwendig bezeichnete. Den Brief unterschrieb sie mit dem Namen der Frau des Empfängers, auch gab sie diese auf dem Umschlag als Absender an. Was irgend ein Grund konnte der Brief nicht bestellt werden, weißt er hierher zurückzuführen und der Chef der Soldaten ausgebändigt wurde. Darauf kam die Sache an den Tag. Die Witwe wird sich nunmehr wegen Urkundenfälschung zu verantworten haben.

Zwickau. Der Spielerknecht hat auch in unserer Stadt seinen Einzug gehalten. In der Zwicker Seitung liegt die Frau eines Mitbetroffenen in einem Eingeschlossenen: Ich bin eine einfache, politisch nicht erfahrene Frau und Mutter. Ich möchte aber doch gern wissen, wie sich die Polizei dazu stellt, daß der Spielerknecht, der mit der Revolution samt anderen bösen Geistern unser Volk versucht und von Berlin aus immer weiter ins Land gewandert ist, nun auch unsere Stadt Zwicker heimsuchen darf.

Hohenstein-Ernstthal. Die Zahl der unter Pochenverbots eingedrungenen Personen im hiesigen Krankenhaus hat sich nun auf zehn erhöht. Bisher sind die Erkrankungssäle nicht besetzt verlaufen. Es finden hier öffentliche Empfänge statt.

Werdau. In der Nacht zum 14. August erbrachen die Reiterjäger des Stadtkommandos und stahlen aus dem Borsdorffraum erledigte Wagen Fleischwaren, darunter vier geräucherte Schinken, vier geräucherter Speckfleisch und etwa 100 Pfund Fleisch.

Döbeln i. W. Durch ein Schadensereignis, welches am Mittwoch nachmittag aus noch unerklärter Ursache in dem nach der böhmischen Grenze zu gelegenen Dorf Unterlangen ausbrach, wurden zwei größere Bauernwirtschaften, der Witwe Hackenschmidt und dem Gutsbesitzer Küller zerstört. Mit der unverhohlen gewesenen Habe der beiden Abnehmern kamen auch zwei Kinder, zwei Jungen und ein Schrein in den Flammen um.

X Wurzen. Zwischen dem am Montag in Wurzen eingerückten Militär und Kommunismus hat gestern abend ein blutiger Zusammenstoß stattgefunden, bei dem es, wie die Leipziger Nachrichten melden, auf Seiten des Militärs einen Toten und auf Seiten der Soldaten mehrere Verwundete gab. Die 2. leichte Munitionskolonne zieht im Schweizergarten einen internen Einmarschabzug ab, zu dem nur Reichsbahnangehörige mit ihren Damen eingeladen waren. Schon vor Beginn hatte sich vor dem Schweizergarten eine große Zahl jugendlicher kommunistischer Elemente zusammengetroffen, die den Einmarsch erwarteten wollten. Als dies von den aufgestellten Wachen vernebelt wurde, belästigten sie die Wachen und die eingehenden Damen. Schließlich arbeiteten die Besatzungen in tödliche Angriffe aus, wobei dem Unteroffizier Kotter von der 4. Batterie mit einem Biss der Schädel getroffen wurde. Auch Soldaten wurden auf beiden Seiten geworfen und mehrere Soldaten verwundet. Die Vorgänge sind, wie das genannte Blatt meldet, der Erfolg einer am Tage vorher in Wurzen stattgefundenen öffentlichen Versammlung, in der zu schwarem Vorgehen gegen das Militär aufgefordert worden war. Gestern vormittag erfolgte eine Kommission, um den Tatbestand aufzuklären. Die Beziehungen der Befreiungsbewegungen sind nur leichter Natur. Es wurden etwa 80 Soldaten verwundet. Militärischerseits sind währendt keine weiteren Maßnahmen angeordnet worden.

X Leipzig. Wie die Leipziger Nachrichten melden, wurde gestern vormittag auf der Straße von Siegen nach Deuben in der Nähe der Friesenstraße ein dreifester Raubüberfall verübt. Der Kellner der Niederröder Straße wurde, in Begleitung eines Kutschers in einem Wagen die Stelle passierte, von 8 Männern überfallen und durch Bedrohung mit Revolvern zur Herausgabe von 65 000 Pf. mitgeführter Lohngehalts gezwungen. Die Männer ergingen darauf die Flucht. Gugmann und der Kutscher nahmen sofort die Verfolgung auf, wurden aber so heftig beschossen, daß sie zurückstoßen mußten. Die Gendarmerie machte sich sofort an die Verfolgung der flüchtenden Räuber.

X Leipzig. In Dresden wurde in der Vorstadt Dreieien der dort mobilierte Wehrmeister Max Siegbert Kunz eingekommen, der 8000 Pf. bei einer Dresdner Bank einzufordern, unter denen sich 1500 Pf. jahrs 50-Ducat-Scheine befanden. Er eroberte die Scheine von dem vorzüglichen Major und Staatsrat Dr. Geller in Dresden, der ebenfalls verhaftet wurde. Die Scheine sollen aus einer Leipziger Galanterie stammen.

* Gräfenhain. Deutschösterreichische Blätter schreiben: Mit Beginn des Jahres 1919 unternommene Bogenwurfs nach neuen Quellen haben zu überraschenden Ergebnissen geführt. Es wurden bisher nicht weniger als vier neue französische Quellen erbohrt, die zum großen Teil fast vollständig, zum Teil aber auch gänzlich abhanden sind und bis 5 Meter hoch sind. Das heißt, dass diese neuen Quellen, die sowohl zu Trinit- als auch zu Wasserschalen Beweinung finden noch, erneut eine Konzentration von etwa

17 Grad, welche Temperatur ist möglich, je tiefer die Bogenwurfs reichen. Mit der Erbohrung dieser neuen Quellen, die auf die Ungleichheit der anderen Gründen ohne Einsicht haben, nähert sich Gräfenhain einem Wendepunkt in der Geschichte seiner Heimat. Die bisher allein sogenannte „Stadt“ nach Gräfenhain wird zum Teil unterteilen können, da die Gründen der Stadt zunehmend um wichtige und unsichere Quellen bereichert wurden.

Zagegeschichte.

Deutsche Zeit.

Der Abbau der Zwangsarbeit für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Der Nationalversammlung in gehörig einem demokratischen Klima zugesungen, monatlich die Arbeitsregierung erachtet werden soll, den planmäßigen Abbau der Zwangsarbeit für Erzeugnisse der Landwirtschaft in folgenden Tagen in die Wege zu leiten: 1. Die Bewirtschaftung des Getreides ist auf Getreidefelder zu beschränken. 2. Fleisch und Milch sind nur noch in Höhe des Bedarfs für Kranken und Kinder zu bewirtschaften. 3. Lebensmittel für Kartoffeln im Halle einer guten Ernte aufzubauen. Auf jeden Fall sind Brotware mit einer Kartoffelanbaufläche unter 2 Hektar von der Zwangsarbeit befreit zu werden. 4. Die Zwangsarbeit für alle sonstigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse ist sofort aufzuhören. Die Hochpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse sind unter Berücksichtigung der wichtigsten Verbrauchs- und Verbrauchsgegenstände sowie der Arbeitsfähigkeit angemessen zu gestalten.

Die Bewirtschaftung der Tabakferne 1919. Es ist in letzter Zeit in den Zeitungen verschiedentlich die unrichtige Meinung erschienen, daß die Tabakferne 1919 nicht mehr der Zwangsarbeit unterliegt, jedoch der Tabakplaner ist dies nicht der Fall.

Der Tabakplaner darf nach wie vor seinen Tabak nur demjenigen Hindernis liefern, der einen Bezugspunkt von der Deutschen Tabakhandelsgesellschaft, Abteilung Mainz in Mainzheim (Teig), besitzt. Beantragt ist aber eine Herauslösung des bisherigen Preisrahmens von 120 bis 450 Pf. für den Rentner auf 220 bis 450 Pf. Nur solchen Nachdruck über die Bewirtschaftung ist Glauben zu schenken, die von der Deutschen Tabakhandelsgesellschaft in Mainzheim, bzw. in Bremen oder den Behörden bekanntgegeben werden, weil falsche Nachrichten von interessierter Seite in die Welt gesetzt werden.

Zur Heimsendung unserer Kriegsgefangenen. Den englischen Blättern vom 18. d. M. zufolge erklärte Churchill in der Unterhausbildung vom 12. August, daß die britische Kriegsamt habe wiederholt um Erlaubnis nachgesucht, die deutschen Kriegsgefangenen heimzuführen zu dürfen. Er befand, daß es dem Kriegsamt bisher nicht gelungen sei, vom Obersten Rat die Ermaßigung zu erhalten, die Heimsendung der deutschen Kriegsgefangenen zu beginnen. — Der Verwaltungsrat der Compagnie générale du travail verlangt von der französischen Regierung die sofortige Auflösung der Konzentrationslager und eine menschenwürdige Behandlung der Kriegsgefangenen. Seit 9 Monaten sei der Krieg an Ende und nichts rechtlicher das Beenden der Lager. Man müsse endlich zu gerechten Auskünften zurückkehren.

Die Regierung bestätigt sich an der Verwaltung der Kohlenbergwerke. Vom „Augs. Handelsbl.“ meldet Mainz „Der Guardian“, daß die Regierung Maßnahmen trifft, um dauernd ein Departement zu errichten, das alle Angelegenheiten behandelt, die sich auf die Kohlenindustrie beziehen. Die Regierung will sich in Zukunft an der Verwaltung der Kohlenbergwerke beteiligen. „Daily Mail“ meldet, daß England durch den leichten Streik der Kohlenbergarbeiter einen Schaden von 870000 Tonnen Kohlen erlitten habe.

Ablehnung einer Entschuldung. In einer Note an die alliierten Regierungen lehnt die Reichsregierung die Verforderung auf Überprüfung des Generals Grafen v. d. Goltz aus dem Balkan ab.

Im Oberschlesischen Kohlenrevier wird weiter gekreist. Die Note wird ständig erneut.

Es bleibt bei der Nationalversammlung. Der Reichspräsident wird infolge des Einpruchs, den die beabsichtigte Umwandlung der Nationalversammlung in den Reichstag gefunden hat, die die beabsichtigte Verordnung zurückziehen.

Der Eid des Reichspräsidenten. Reichspräsident Ebert wird am kommenden Mittwoch in der Nationalversammlung den Eid auf die Verfassung ablegen.

Das Betriebsgerichtsrecht in Weimar. Die Beendigung der Tagung in Weimar hängt davon ab, ob das Betriebsgerichtsrecht jetzt noch in Angriff genommen wird oder nicht. Die Sozialdemokraten wollen die Verhaltung des Gesetzgebers hier noch in erster Linie vornehmen und es dann dem Auschluß überwerfen. Das Kabinett hat sich bis jetzt diesem Wunsche noch nicht angeschlossen. Zwischen beiden Parteien wird noch verhandelt.

Stellung im Eisenbahnpersonalbetrieb. Aus Cuxhaven wird gemeldet: Die Stellung im Eisenbahnpersonalbetrieb infolge Kohlemangel gehalten sich immer unsongezeitig. Zur Zeit liegen in Cuxhaven 14 Eisenbahner, in Geestemünde und Bremervörde 30 Eisenbahner. In Cuxhaven sind am Donnerstag überhaupt keine Busfahrten mehr an den Markt gekommen.

Verteilung des deutschen Staatsangehörigkeits an Deutschösterreich. Der Nationalversammlung ist folgender sozialdemokratischer Antrag zugegangen: Die Regierung wird erachtet, Deutschösterreich, die in Deutschland ihrenständigen Wohnsitz haben, und ihren Bürgern dem Staate gegenüber nachkommen, sowie Steuern und Abgaben entrichten, auf ihren Antrag die deutsche Staatsangehörigkeit unentbehrlich zu verleihen.

Ehemalige Beschaffungsbehörde für die Boomen. Die Reichsregierung hat gestern beschlossen, es soll vorbehaltlich der Zustimmung der Nationalversammlung allen Beamten eine einmalige Beschaffungsbehörde gewährt werden und zwar in Höhe von 100 Pf. für Unteroffiziere Vertrags- und von 80 Pf. für Kadetten. Daneben sollen für jedes zu beschäftigende Kind 200 Pf. bezahlt werden. Die Gehilfe ist in zwei gleichen Raten im September und Dezember dieses Jahres fällig. Die Grundlage für die Gewährung der Leistungserfüllung werden dahin gedacht, daß die Kinderzulagen vom 1. September an einheitlich auf 50 Pf. festgesetzt werden. Die anwesenden preußischen Minister haben das bereits erklärt, eine gleiche Vorlage für die Saarlandversammlung dem Staatsministerium zur sofortigen Belehrungslaufung zu unterbreiten.

Über die tschechische Spionage in Berlin erfuhr die „S. & W.“, daß auch der tschechische Oberleutnant Horák verbürgt worden ist. Wie es heißt, soll der verhaftete tschechische Oberleutnant Bartoš sich gerächt haben, an dem Feuerkampf von Tschirnau unternommenen Unteroffizier im Wiener Kriminalbeamten beteiligt gewesen zu sein. Die Untersuchung des Polizeiarchivs ist aus auf die Verhaftung dieses Teiles der Angeklagtheit. — Zu dem Einbruch in das deutschösterreichische Generalkonsulat in Berlin teilte die tschechische Verbindung amlich mit, daß entgegen den erwarteten Versicherungen weiter die Vertretungsbehörden noch der Konsulat Polens Kurie an der Angeklagtheit beteiligt seien. Die Schlußfrage zu lösen, liegt in den Händen der Berliner Kriminalpolizei, deren Ergebnis abgewartet werden muß.

Deutsche Zeit.

Die Reichsregierung. In einer Note an den österreichischen Konsulat teilte Staatsanwalt Reiner mit, er habe erfahren, daß die Befehlshaber der etwa 8000 Mann starken ungarnischen Streitkräfte in Wien am Anger erklart haben, Reichsregierung sollte durch Waffengewalt das ungarische Territorium unterwerfen; zudem sollte

dieses Gebiet bereit früher durch die eindringenden Besetzungen ungarischer bolschewistischer Truppen stark gesunken haben, hätten die Deutschen gegenwärtig sehr aus Angst vor einer ähnlichen Besetzung die Beliebung des bedrohten Gebietes durch Deutschösterreich erbeten. Die Rundschau von Eisenmark habe ihren ungarischen Einfluß fundgegeben, in gewissemmaße erledigten den geführten Häuptern zu helfen.

Ungarn.

Rumänien. Rumänien an die Entente. Wie „Agence Havas“ meldet, hat die Antwort der rumänischen Regierung auf die Vertreter der Großmächte einen sehr guten Eindruck gemacht. Obwohl der Text bisher nicht ganz veröffentlicht ist, weiß man, daß in Bezug auf die Politik in Budapest der rumänische Befehlshaber und Oberkommissar Wettungen erhalten haben, nach dem Wettbewerb der Entente zu handeln. Was den zwischen den Rumänen und den Ungarn abgeschlossenen Waffenstillstand betrifft, erklärt die Note, daß er vor dem Einpruch der Rumänen aufgestanden sei. Da die Ungarn die Rumänen angreifen, befand sich das rumänische Kommando in dem guten Glauben, daß der Waffenstillstand vom 18. November ungültig geworden sei. Der Oberste Rat hat darauf an die rumänische Regierung eine in nicht minder verärgertem Tone gehaltene Antwortnote gerichtet, worin er diese erachtet, da sie bereit sei, entsprechend den politischen Beschlüssen der Entente zu handeln, mit der Alliiertenkommission und den nach Budapest entsandten Generälen in Verbindung zu treten, um von ihnen die Wünsche der Entente entgegen zu nehmen. Der Oberste Rat hat die Mission der interalliierten Generale in Budapest angewiesen, daß sie nicht befugt seien, der rumänischen Armee Befehle zu geben, da der Oberste Rat sich diese Machtausübung selbst vorbehalte. Was den Erzherzog Joseph anbetrifft, so sollten die Generale alle Mitteilungen von seiner Seite entgegennehmen, aber in einer Weise den Obersten Rat auf die Anerkennung seines Regimes verhindern. — Den englischen Blättern vom 18. d. M. zufolge erklärte Bonar Law in der Unterhausbildung vom 12. August auf die Anfrage „Kenworthys“, ob die Regierung die Sicherung geben könne, daß keine ungarische Regierung anerkannt werden dürfe, die nicht aus freien Stücken vom ungarischen Volke gewählt würde. Diese Forderung könnte seines Erachtens nicht gestellt werden. England darf nur seine eigene Regierung und nicht die Regierung eines anderen Landes kontrollieren.

Italien.

Die italienischen Gewerkschaften. Die Tagung der italienischen Gewerkschaftsvorstände in Turin hat im Gegensatz zu den französischen und englischen Gewerkschaften die sofortige Wiederaufnahme der gewerkschaftlichen Betriebsungen mit den deutschen Genossen beschlossen. Die Abstimmung ergab eine kleine Mehrheit gegen den Beschluss.

Schweiz.

Aushebung der Statutarierung. Der Bundesrat beschloß die Statutarierung Anfang September aufzubeben.

Deutschlands Dank. Präsident Ador hat vom Reichspräsidenten Ebert aus Anlaß des Abtransportes der letzten deutschen Kranken und der leichten deutschen Soldaten aus der Schweiz ein Telegramm erhalten, worin Ebert in wahren Worten der Fürsorge der Schweiz für die gesunden und kranken Soldaten und Gefangenen dankt und Ador als Präsident des internationalen Komitees vom Roten Kreuz der Schweizer Regierung den Transport- und Internierungsbüroden und vor allem dem gärtnerischen Schweizer Volke den herzlichen Dank der deutschen Regierung, des deutschen Volkes und insbesondere der Internierten selbst für das schöne Werk, das die Schweiz damit ausgeführt hat, ausgesprochen. Solange deutsche Kinder bestehen, wird dieser Dank wahrer Menschlichkeit geprägt werden. Bundespräsident Müller antwortete im Namen des Bundesrates und des Bundespräsidenten Ador in einem Danktelegramm.

England.

Der Thron von Persien wird demnächst, wie die „Times“ meldet, England belästigen. — In auffallenden Zeitungen der „Tempo“ und „Journal des Débats“ die Nachricht, daß der Thron von Persien infolge eines mit England abgeschlossenen Abkommens und der deshalb in Teheran entstandenen Unruhen nach Europa abgereist sei. Durch das Abkommen wird Persien, obwohl ihm Unabhängigkeit und Intergrität zugeschrieben werden, unter englisches Protektorat gestellt. England gewährt Persien eine Anleihe von ungefähr einer Milliarde Pfund, leistet aber vorerst nur 2 Millionen Pfund Sterling Auszahlung, eine Summe, die „Journal des Débats“ als in seinem Verhältnis zur politischen Bedeutung des Vertrages stehend bezeichnet. — Die englische Regierung bestätigte, daß die Schweiz damit ausgestattet ist, um alle weiteren Verträge des Kardinalstaatssekretärs zu vereinbaren.

Ein Geley gegen Streiks. Laut Pressebüro „Radio“ erklärte der britische Arbeitsminister, der Vorstand, ein Geley einzulegen, daß Streiks und Ausperrungen, die nicht eine Woche im Voraus angezeigt würden, für ungünstig erklärt werden, vorausgesetzt in Erwägung gezogen. — „Telegraf“ meldet aus London, daß die Streiklage wegen der Wohnungsbedingungen der Eisenbahngesellschaften sich plötzlich wieder verschärft habe. Die Gefahr, daß ein neuer Streik der Eisenbahngesellschaften wieder ausbreche, sei jedoch nicht groß. — Die englischen Blätter vom 18. bringen eine Meldung aus Karlsruhe vom 7., wonach in Egypten ein Generalstreik droht. In Ägypten sind die Doctorarbeiter, in Karlsruhe die Eisenbahngesellschaften in den Ausland getreten.

Englisches Reichbuch über Friedensvorstellungen 1917. Die englischen Blätter vom 18. d. M. melden, daß ein Reichsbuch veröffentlicht worden ist, das die Korrespondenz enthält, die im Zusammenhang mit dem vom Kriegsamt im August 1917 geschlossenen Friedensvorschlag ist. Ein Memorandum, das der französische Reichsminister am 27. August Lord Herbert Cecil überreichte. Darin heißt es: Kriegsbatz hat mich Ihnen seine Befreiungen mitgeteilt und zu erklären, daß er nicht zu lassen kann, daß er auf den Weg geführt werde, von dem der Kriegsamt anscheinend möchte, daß er ihn bereitstellt. Er erwarte, daß die britische Regierung seine Ansicht teile und dem Geley des Kriegsamt Anweisungen geben werde, um alle weiteren Verträge des Kardinalstaatssekretärs, die auf eine halböffentliche Intervention zwischen den Kriegsämtern hinzu führen, zu entwirken. Frankreich war also gegen die plötzliche Vermittlung. Kriegsbatz batte damals seine Hände nach Wien gespannt. England aber überredete entgegen der Kriegsamt in Rom eine öffentliche Mitteilung, die Deutschland eine Ankündigung ähnlich Weißrussland gab. Wäre von der deutschen Regierung eine freimütige Erklärung über Weißrussland gekommen, dann hätte England mindestens auf neue weitere Verhandlungen mit Frankreich erhoffen können, trotz der Absage Kriegsbatz. Die Erklärung Deutschlands über Weißrussland hätte selbstverständlich noch stärker gegeben werden müssen.

Niedersachsen.

Eine sozialistische Offensive. Nach einer „Times“-Meldung aus Warschau haben die Polen in Wolhynien eine Offensive begonnen.

Ausbildung russischen Offiziere. Laut Pressebüro „Radio“ erklärte Ebert im englischen Unterhaus, daß Vorstufen getroffen sind, um 1200 russische Offiziere in Novomoskau auszubilden. Sie sollen die Führung der russischen Truppen anstelle der abrückenden englischen Offiziere übernehmen.

Umerfa.

Großes Augenblitc gegen den Weißenbund. Nach einer von den englischen Blättern vom 18. d. M